



Fachbereich WD 5

**Auswirkungen erhöhter Verteidigungsausgaben auf die
Wirtschaftsleistung in Deutschland**

Auswirkungen erhöhter Verteidigungsausgaben auf die Wirtschaftsleistung in Deutschland

Aktenzeichen: WD 5 - 3000 - 089/26
Abschluss der Arbeit: 15. September 2026
Fachbereich: WD 5: Wirtschaft, Energie, Klima

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einführung und Zusammenfassung	4
2.	Abschätzungen erhöhter Verteidigungsaufgaben auf die Wirtschaftsleistung in Deutschland	5
2.1.	Institut der Deutschen Wirtschaft (IW, 2026)	5
2.2.	Krebs, Kaczmarczyk (2025)	7
2.3.	Greenpeace (2023)	8
3.	Abschätzungen erhöhter Verteidigungsausgaben auf die Wirtschaftsleistung in Ostdeutschland	9
3.1.	Bundesregierung (2026)	9
3.2.	Institut der Deutschen Wirtschaft (IW, 2026)	10
3.3.	Ifo Dresden (2025)	10

1. Einführung und Zusammenfassung

Mit der sog. Bereichsausnahme, die im März 2025 in Kraft getreten ist, sind im Bundeshaushalt insbesondere Verteidigungsausgaben von den Regeln der Schuldenbremse ausgenommen und können kreditfinanziert werden, soweit diese Ausgaben ein Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) übersteigen.¹ Infolgedessen, aufgrund internationaler Verpflichtungen² sowie vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine werden die öffentlichen Verteidigungsausgaben ab dem Jahr 2026 gegenüber der bisherigen Finanzplanung des Bundes deutlich erhöht (vgl. hierzu auch Abschnitt 2.1).³ So steigt die sog. NATO-Quote⁴ von 2,4 % des BIP im Jahr 2025 auf rd. 2,7 % im Jahr 2026 (Kernverteidigungsquote) an. Zudem erreichen die verteidigungs- und sicherheitsbezogenen Ausgaben im Jahr 2026 die Zielhöhe von 1,5 % des BIP. Die NATO-Quote wird gemäß der Finanzplanung des Bundes im Jahr 2027 sowie im Finanzplanungszeitraum bis 2030 weiter ansteigen.⁵

Diverse Studien analysieren die Effekte, die die erhöhten Verteidigungsausgaben auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland haben könnten. Demnach könnte das preisbereinigte BIP in Deutschland in den Jahren 2026 und 2027 um bis zu 0,7 bzw. 0,9 Prozent moderat höher ausfallen als ohne eine Steigerung der Verteidigungsausgaben zu erwarten gewesen wäre. Anderen Studienergebnissen zufolge könnte es aber auch zu keinerlei Wachstumseffekten kommen, da die Kapazitäten der hiesigen Rüstungsindustrie bereits ausgelastet und die Wettbewerbsintensität in diesem Sektor gering seien, so dass die zusätzlichen Mittel zuvorderst zu einem Anstieg der Preise und Renditen der Verteidigungsindustrie führen könnten. Im Vergleich zu anderen Verwendungszwecken wie Bildungs-, Betreuungs- oder Verkehrsinfrastruktur fielen zudem die Wachstumswirkungen gesteigerter Verteidigungsausgaben geringer aus. Demgegenüber wird eingewendet, dass das primäre Ziel der erhöhten Verteidigungsausgaben die äußere Sicherheit Deutschlands und Europas in einem veränderten geopolitischen Umfeld sei. Die wirtschaftlichen Folgen seien als eine Sekundärwirkung zu sehen und begrenzte wirtschaftliche Impulse sprächen daher nicht gegen eine politisch notwendige Stärkung der Bundeswehr (vgl. Abschnitt 2 dieser Dokumentation).

Im Zuge der sog. Zeitenwende und erhöhter öffentlicher Verteidigungsausgaben kam es in Ostdeutschland wiederholt dazu, dass bisher zivile Produktionsstandorte fortan (auch) Rüstungsgüter produzieren oder Unternehmen der Verteidigungsindustrie gänzlich neue Produktionsstätten

1 Vgl. <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Glossareintraege/B/bereichsausnahmen.html?view=renderHelp>

2 Vgl. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/nato-gipfel-den-haag-2025-2355974> sowie <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/nato-gipfel-2025-historischer-beschluss-verteidigungsausgaben-5952094>.

3 Vgl. Finanzplan des Bundes 2025 bis 2029, [BT-Drs. 21/601](#), S. 27f. sowie Finanzplan des Bundes 2026 bis 2030, [BT-Drs. 21/7301](#), S. 32f.

4 Mit dem [Gipfelbeschluss der NATO](#) in Den Haag wurde im Juni 2025 eine neue NATO-Quote in Höhe von jährlich 5 % des BIP vereinbart. Sie setzt sich zusammen aus den Kernverteidigungsausgaben mit einer Zielhöhe von jährlich mindestens 3,5 % des BIP und verteidigungs- und sicherheitsbezogenen Ausgaben mit einer Zielhöhe von jährlich bis zu 1,5 % des BIP-

5 Vgl. Finanzplan des Bundes 2026 bis 2030, a.a.O., S. 33.

planen. So hat zuletzt das US-Rüstungsunternehmen Covenant angekündigt, bei Leipzig ab dem Jahr 2027 die Produktion von Marschflugkörpern aufzunehmen, die helfen sollen, eine deutsche Fähigkeitslücke zu schließen.⁶ Zuvor wurde im Februar 2025 bekannt, dass der deutsch-französische Rüstungskonzern KNDS im sächsischen Görlitz Panzerteile herstellen wird und dafür ein dortiges Werk des französischen Zugherstellers Alstom übernimmt, das somit vor der Schließung bewahrt wurde.⁷ Und im Juni 2022 übernahm thyssenkrupp Marine Systems (TKMS) den Standort der MV Werften in Wismar (Mecklenburg Vorpommern).⁸ Weitere Beispiele ließen sich anführen. Für die Frage, in welcher Höhe wirtschaftliche Impulse für die ostdeutsche Wirtschaftsleistung infolge der erhöhten Verteidigungsausgaben insgesamt resultieren könnten, liegen nach hiesiger Kenntnis aber keine Studien vor. Aufgrund der regionalen Konzentration der deutschen Rüstungsindustrie in westdeutschen Bundesländern werden für Ostdeutschland eher begrenzte positive Wachstumsbeiträge erwartet (vgl. Abschnitt 3).

2. Abschätzungen erhöhter Verteidigungsaufgaben auf die Wirtschaftsleistung in Deutschland

2.1. Institut der Deutschen Wirtschaft (IW, 2026)

Die Ökonomen Klaus-Heiner Röhl und Thomas Obst vom Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) analysieren die makroökonomischen Wirkungen, die der geplante Anstieg der Verteidigungsausgaben von 2026 bis 2030 auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland haben könnte.

Obst, Röhl, 2026, [Volkswirtschaftliche und industrielle Effekte der steigenden Verteidigungsausgaben in Deutschland](#), IW-Trends 3/2026, S. 17-41

Die Forscher schätzen die Wirkungen auf die Wirtschaftsleistung in Deutschland als „überschaubar“ ein: In den Jahren 2026 und 2027 werde das preisbereinigte BIP um rund 0,7 und 0,9 Prozent höher ausfallen als im Basisszenario (kein Anstieg der öffentlichen Verteidigungsausgaben). Danach fielen die weiterhin positiven Impulse geringer aus (vgl. Abbildung 1).

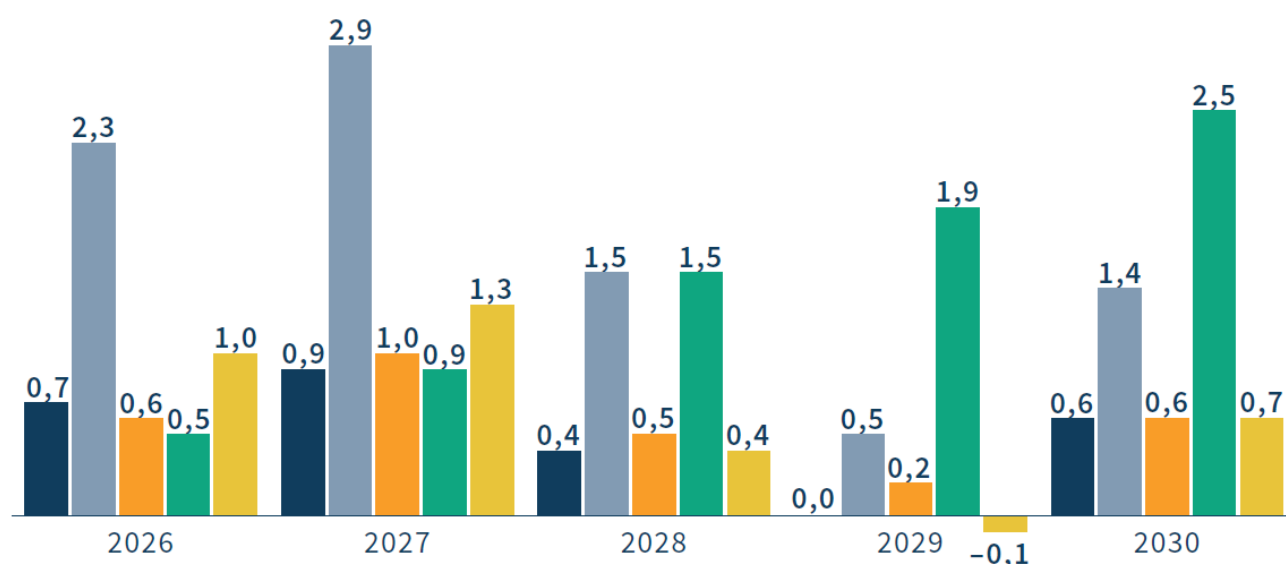
6 Vgl. Wirtschaftswoche, 28. August 2026, [US-Firma plant Marschflugkörper-Produktion ab 2027 bei Leipzig](#).

7 Vgl. tagesschau.de, 5. Februar 2025, [Rüstungskonzern übernimmt Alstom-Werk in Görlitz](#).

8 Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit in Mecklenburg Vorpommern, 10. Juni 2026, [thyssenkrupp Marine Systems übernimmt MV Werften](#).

Abbildung 1: Makroökonomische Effekte höherer Verteidigungsausgaben in DeutschlandAbweichung vom Basisszenario¹⁾ in Prozent

■ BIP ■ Investitionen ■ Importe ■ Staatsverschuldung ■ Kapazitätsauslastung



BIP, Investitionen und Importe: preisbereinigte Werte. 1) Basisszenario: ohne zusätzliche Staatsausgaben für Verteidigung.

Quelle: Obst, Röhl, a.a.O., S. 32

Auch die Wirkung auf die deutsche Industrie bleibe angesichts des kleinen Anteils der Branche innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes begrenzt, regional könnten Rüstungsstandorte aber profitieren (vgl. hierzu Abschnitt 3.2).

Zur Abschätzung der Auswirkungen zusätzlicher Staatsausgaben auf die gesamtwirtschaftliche Produktion wird in der Volkswirtschaftslehre häufig das Konzept des sog. Fiskalmultiplikators verwendet. Dieser gibt an, um wie viele Euro das reale (inflationsbereinigte) BIP steigt, wenn der Staat einen zusätzlichen Euro ausgibt. Obst/Röhl schätzen den Fiskalmultiplikator für Verteidigungsausgaben in Deutschland auf „etwas höher als 1“⁹. So läge der gesamte fiskalische Stimulus der erhöhten Verteidigungsausgaben in den Jahren 2026-2030 bei rund 95 Milliarden Euro (davon rd. 51,6 Mrd. Euro für Investitionen und rd. 42,9 Mrd. Euro für Personal und Unterhalt der Streitkräfte) und der reale BIP-Effekt insgesamt bei etwas mehr als 96 Milliarden Euro.¹⁰

Im Zuge der Auswertung der wissenschaftlichen Literatur kommen Obst/Röhl zu dem Ergebnis, dass ein höherer Anteil inländischer Produktion von Rüstungsgütern und ein niedriger Offenheitsgrad der Volkswirtschaft zu einem höheren Fiskalmultiplikator steigender Rüstungsinvestitionen führt. Kleinere offene Volkswirtschaften, die den Großteil ihrer Waffen importierten (aktuell etwa Polen oder die Niederlande), müssten entsprechend mit einem höheren Abfluss durch

⁹ Obst, Röhl, a.a.O., S. 31.

¹⁰ Obst, Röhl, a.a.O., S. 30f.

Importe rechnen (sog. *import leakage effect*). Deutschland als große und im internationalen Handel stark vernetzte offene Volkswirtschaft mit eigener Rüstungsindustrie sollte – so schlussfolgern Obst/Röhl – bezüglich des makroökonomischen Multiplikators eine mittlere Position zwischen den USA (relativ geringer Offenheitsgrad¹¹) und den kleineren europäischen Volkswirtschaften einnehmen.¹²

Gemäß einer Studie der EU-Kommission aus dem Jahr 2025¹³ hinge die Höhe des Fiskalmultiplikators von Verteidigungsausgaben neben dem Grad der Offenheit der Volkswirtschaft auch stark von dem Anteil der Forschungs- und Entwicklungs-(FuE-)Ausgaben an den Militärausgaben ab. Während in den USA der FuE-Anteil an den Verteidigungsausgaben mit 16 % vergleichsweise hoch ausfalle, habe dieser Anteil in Deutschland im Jahr 2025 bei nur rd. 2 % gelegen. Obst/Röhl schlussfolgern für Deutschland:

„Höhere und längerfristige Effekte [der Wirtschaftsleistung] wären möglich, wenn die Rüstungsausgaben durch die Entwicklung neuer Technologien die Produktivität der Volkswirtschaft insgesamt erhöhen. Dies wäre jedoch allenfalls langfristig nach 2030 (...) zu erwarten, etwa wenn die geplanten Ausgaben für Weltraumsysteme und elektronische Kriegsführung zu vermehrten Investitionen und Innovationen in der Luft- und Raumfahrt sowie in der IT-Industrie führen. Diese Effekte würden dann auch auf andere Wirtschaftsbereiche ausstrahlen.“¹⁴

Die Autoren weisen des Weiteren darauf hin, dass aus ihrer Sicht „das primäre Ziel der erhöhten Verteidigungsausgaben die äußere Sicherheit Deutschlands und Europas in einem veränderten geopolitischen Umfeld bildet. Die wirtschaftlichen Folgen sind als eine Sekundärwirkung zu sehen und begrenzte wirtschaftliche Impulse dürfen nicht gegen eine politisch notwendige Stärkung der Bundeswehr sprechen.“¹⁵

2.2. Krebs, Kaczmarczyk (2025)

Auch Krebs/Kaczmarczyk schätzen die Auswirkungen der geplanten Steigerung der Militärausgaben auf die deutsche Wirtschaftsleistung ab. Hierzu nutzen sie ebenfalls das Konzept des sog. Fiskalmultiplikators (vgl. oben).

Krebs, Kacemarczyk, 2025, [Wirtschaftliche Auswirkungen von Militärausgaben in Deutschland](#)

11 Der Offenheitsgrad einer Volkswirtschaft ergibt sich aus dem Anteil der Summe aus Exporten und Importen am nominalen BIP. Er liegt in den USA seit dem Jahr 2010 bei durchschnittlich 27 Prozent, in Deutschland bei 79 Prozent, in China bei 37 Prozent und in Italien bei 58 Prozent. Vgl. Obst, Röhl, a.a.O., S. 24.

12 Obst, Röhl, a.a.O., S. 24.

13 Europäische Kommission, 2025, [The economic impact of higher defence spending](#).

14 Obst, Röhl, a.a.O., S. 36.

15 Obst, Röhl, 2026, [Volkswirtschaftliche und industrielle Effekte der steigenden Verteidigungsausgaben in Deutschland](#), IW-Trends 3/2026, S. 23.

Krebs/Kaczmarczyk kommen zu dem Ergebnis, dass der kurzfristige Fiskalmultiplikator für Militärausgaben in Deutschland höchstens bei 0,5 und eventuell sogar bei 0 liegen könne. Ein zusätzlicher Euro für öffentliche Verteidigungsausgaben schaffe also höchstens 50 Cent zusätzliche gesamtwirtschaftliche Produktion, aber die zusätzlichen Staatsausgaben könnten auch gar keinen Produktionseffekt entfalten.¹⁶

Dieses Ergebnis vergleichsweise geringer Wachstumswirkungen begründen die Autoren mit der derzeitigen bereits starken Auslastung der deutschen Rüstungsindustrie sowie mit einer geringen Wettbewerbsintensität aufgrund „intransparente[r] Vergabepraktiken“. Jeder zusätzliche Euro an staatlichen Aufträgen werde „also die Preise der Rüstungsgüter und die Gewinne der Rüstungsunternehmen merklich anheben“.¹⁷ In der mittleren Frist sei zu erwarten, dass Investitionen in den Ausbau von Produktionskapazitäten die aktuellen Engpässe im Rüstungsbereich reduzieren und damit den Fiskalmultiplikator für deutsche Militärausgaben anheben würden. Ebenso könnten Verbesserungen im Vergaberecht sowie eine verbesserte Koordination auf europäischer Ebene dazu führen, dass der Wettbewerb im Rüstungssektor steige und die Marktmacht der Rüstungskonzerne sinke. Diese Maßnahmen benötigten jedoch Zeit, um ihre Wirkung zu entfalten, und seien daher für die Evaluierung der kurzfristigen Wirkungen steigender Rüstungsausgaben kaum relevant.¹⁸

Im Vergleich könne „[b]ei gezielten Investitionen in die öffentliche Infrastruktur (...) mit einem Fiskalmultiplikator von 2 gerechnet werden (...), und für den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur in Kitas und Schulen kann der Multiplikator sogar auf 3 steigen (...)“¹⁹.

2.3. Greenpeace (2023)

Im Auftrag der Umweltschutzorganisation Greenpeace analysierten Bonaiuti et al. (2023) die wirtschaftlichen Auswirkungen von Militärausgaben in Deutschland, Italien und Spanien der Jahre 2013-2023.

Bonaiuti et al., 2023, [Arming Europe. Military expenditures and their economic impact in Germany, Italy, and Spain](#)

Demnach führten in Deutschland öffentliche Rüstungsausgaben von 1 Mrd. Euro zu einem Anstieg der inländischen Produktion von 1,23 Mrd. Euro.²⁰ Der geschätzte Fiskalmultiplikator für

16 Krebs, Kaczmarczyk, 2025, [Wirtschaftliche Auswirkungen von Militärausgaben in Deutschland](#), S. 2, 19.

17 Krebs, Kaczmarczyk, a.a.O., S. 2, 19f.

18 Krebs, Kaczmarczyk, a.a.O., S. 21.

19 Krebs, Kaczmarczyk, 2025, [Wirtschaftliche Auswirkungen von Militärausgaben in Deutschland](#), S. 2.

20 Bonaiuti et al., 2023, [Arming Europe. Military expenditures and their economic impact in Germany, Italy, and Spain](#), S. 4, S. 20.

die Jahre 2013-2023 lag damit diesen Schätzungen zufolge in Deutschland bei 1,23.²¹ Im Vergleich zu anderen Ausgabenkategorien schnitt die Steigerung von Militärausgaben hinsichtlich der Effekte auf inländische Produktion und Beschäftigung schlechter ab (vgl. nachfolgende Tabelle 1)

Tabelle 1: Wirtschaftliche Wirkungen verschiedener Ausgabenkategorien im Vergleich

	Verteidigung	Umwelt	Bildung	Gesundheit
zusätzliche Ausgaben (in Mio. Euro)	1.000	1.000	1.000	1.000
Anteil der Importe (in Prozent)	24,1	0,86	0,41	0,08
Ausgabenfluss in heimische Volkswirtschaft (in Mio. Euro)	757,89	991,36	995,90	999,18
Effekte auf die inländische Produktion (in Mio. Euro)	1.230,58	1.752,28	1.265,12	1.382,36
Beschäftigungseffekte (in Tsd. Personen)	6,15	11,36	17,62	15,20

Quelle: Bonaiuti et al., 2023, a.a.O., S. 20.

3. Abschätzungen erhöhter Verteidigungsausgaben auf die Wirtschaftsleistung in Ostdeutschland

3.1. Bundesregierung (2026)

Nach Kenntnis der Bundesregierung „liegen derzeit keine umfassenden regionalisierten Daten²² bzw. Prognosen zur künftigen Entwicklung der [Sicherheits- und Verteidigungsindustrie] in Ostdeutschland vor, auf deren Grundlage Einschätzungen zu erwarteten Beschäftigungs- und volkswirtschaftlichen Effekten in Ostdeutschland getroffen werden könnten.“²³

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Rüstungsindustrie in Ostdeutschland“ vom 14. August 2026, [BT-Drs. 21/7628](#)

21 In Italien belief sich den Autoren zufolge der Anstieg der inländischen Produktion bei zusätzlichen Militärausgaben von 1 Mrd. Euro lediglich auf 741 Millionen Euro, da ein größerer Teil der Ausgaben auf Importe entfalle. In Spanien habe der Anstieg der inländischen Produktion insgesamt 1,284 Mrd. Euro betragen. Vgl. Bonaiuti et al., a.a.O., S. 4., S. 20.

22 Regionalisierte Daten sind statistische Informationen, die für bestimmte geografische Einheiten wie Bundesländer, Landkreise, Gemeinden oder Postleitzahlen aufbereitet sind.

23 Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Rüstungsindustrie in Ostdeutschland“ vom 14. August 2026, [BT-Drs. 21/7628](#), S. 6.

3.2. Institut der Deutschen Wirtschaft (IW, 2026)

Nach Einschätzung von Obst/Röhl (Institut der Deutschen Wirtschaft)²⁴ konzentrieren sich die wirtschaftlichen Wirkungen steigender öffentlicher Rüstungsausgaben auf Standorte in den sog. alten Bundesländern:

„Obwohl Deutschland mit leistungsfähigen Unternehmen im Bereich bodengestützter Systeme, militärischer Luft- und Raumfahrt, Munition, Elektronik sowie Marinewerften die am breitesten aufgestellte Verteidigungsindustrie in Europa im konventionellen Bereich aufweist, konzentrieren sich die Hersteller stark auf nur vier bis sechs Bundesländer (...). Diese regionale Konzentration wird durch eine aktuelle Auswertung der Stellenausschreibungen im Rüstungsbereich bestätigt. Fast 78 Prozent der identifizierten offenen Stellen in Unternehmen der Rüstungsindustrie in Deutschland befinden sich in Niedersachsen, Bayern, Hessen und Baden-Württemberg. Niedersachsen allein weist ein Drittel der ausgeschriebenen Stellen auf (...). Einschließlich Saarland und dem Werften-Standort Schleswig-Holstein beträgt der Anteil sogar 90 Prozent. Damit sind ebenso die positiven wirtschaftlichen Wirkungen durch die induzierte industrielle Expansion regional konzentriert, auch wenn Zulieferbeziehungen über die Bundeslandgrenzen hinausreichen.“²⁵

3.3. Ifo Dresden (2025)

Anlässlich einer Konjunkturprognose für Ostdeutschland kam Joachim Ragnitz, stellvertretender Leiter der ifo-Niederlassung Dresden mit den Forschungsschwerpunkten regionale Entwicklung Ostdeutschland und sektoraler Strukturwandel, im Juni 2025 zu folgender Einschätzung, inwieweit der Osten Deutschlands von den höheren Verteidigungsausgaben des Bundes profitieren könnte:

„Die Rüstungsindustrie hat (...) ein geringeres Gewicht in Ostdeutschland, so dass ein Großteil der geplanten Rüstungsausgaben vornehmlich in den westdeutschen Bundesländern zu Buche schlagen dürfte.“²⁶

24 Obst, Röhl, 2026, [Volkswirtschaftliche und industrielle Effekte der steigenden Verteidigungsausgaben in Deutschland](#), IW-Trends 3/2026, S. 17-41.

25 Obst, Röhl, 2026, a.a.O., S. 11.

26 Ifo Dresden, 2025, [ifo Dresden Konjunkturprognose: Fiskalmaßnahmen wirken im Osten schwächer als in den westdeutschen Bundesländern](#).